

Bundesfinanzminister Theo Waigel:

Finanzpolitik für Einheit und Freiheit

Durch die Wiedervereinigung und die gewaltigen internationalen Aufgaben ist die Finanzpolitik täglich neu gefordert. Die Zusammenführung zweier bisher völlig gegensätzlicher Wirtschaftssysteme und die Bewältigung der Neuordnung Europas sind auch finanzpolitisch einmalige Aufgaben, für die es in den Lehrbüchern keine Rezepte oder Handlungsanweisungen gibt.

Wir können nicht einfach so weitermachen wie bisher. Es ist auch nicht Aufgabe des Finanzministers allein, die unverzichtbare Neubestimmung der Prioritäten und staatlichen Aufgaben in einer Zeit der radikalen Veränderung fast aller politischer und ökonomischer Determinanten zu vollziehen.

Wir brauchen die Unterordnung der Einzelinteressen unter das Gemeinwohl. In diesem Zusammenhang müssen wir alle Optionen einer Bündelung der nationalen Kräfte — zum Beispiel auch eine konzentrierte Aktion — prüfen.

Wir würden der Demokratie und unserer sozialen und marktwirtschaftlichen Ordnung einen großen Dienst erweisen, wenn wir die einmalige nationale Aufgabe der Wiedervereinigung nicht nur über Beschlüsse von Regierung und Parlament, sondern darüber hinaus durch die aktive und die ideenreiche Mitarbeit aller gesellschaftlichen Gruppen bewältigen würden.

(Auszüge aus der Haushaltsrede des Bundesfinanzministers: Seite 3)

HEUTE AKTUELL

- **Deutschland**
 Der Einigungsvertrag hat eine neue Ära in der deutschen Geschichte eingeleitet. Seite 11
- **Bilanz**
 Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost löst entscheidende Impulse aus. Seite 14
- **Lehrstellen**
 Versicherungs-Kampagne der SPD bleibt erfolglos. Seite 16
- **Termin**
 Politik zum Anfassen: Jugendforum der CDU am 2. und 3. Oktober 1991 in Schwerin. Seite 18
- **Regierungserklärung**
 von Bundeskanzler Helmut Kohl zur Lage in der Sowjetunion und in Jugoslawien am 4. September 1991 vor dem Deutschen Bundestag im Wortlaut. Grüner Teil

Gemeinsam die Einheit vollenden

Vorschläge und Anregungen für Aktivitäten zum Tag der Deutschen Einheit. UID extra

Ostdeutsche Verbraucher mögen wieder Ost-Produkte

Der ostdeutsche Verbraucher hat seine Kaufzurückhaltung gegenüber Produkten aus den neuen Bundesländern offenbar aufgegeben und bevorzugt sie bereits zum Teil gegenüber West-Produkten. Zu diesem Schluß kam das Forschungsunternehmen Infratest Burke in einem „trendreport Ost“. Die steigende Wertschätzung für lokale Produkte im Osten bezieht sich danach vor allem auf Waren des täglichen Bedarfs, wobei Wurstwaren, Bier und auch Zigaretten bereits besser bewertet werden als im Westen produzierte Ware.

Neue Lagerhalle und 40 neue Arbeitsplätze in Rostock

Für eine 10.000 m² große Papier- und Kartonagen-Lagerhalle wurde im Seehafen Rostock der erste Spatenstich vorgenommen. Die neue Anlage schafft 40 Arbeitsplätze für Hafendarbeiter.

AGA-Gruppe baut bei Halle

Die schwedische AGA-Gruppe will in Landsberg bei Halle eines der größten Werke Europas zur Herstellung technischer Flaschengase bauen. Wie das Unternehmen mitteilte, belaufen sich die Investitionen auf 50 Millionen DM. Mit dem Bau soll im Herbst begonnen werden. Produktionsstart ist für Frühjahr 1993 geplant.

Nachrichten aus den neuen Ländern

Die rund 90 neuen Arbeitsplätze sollen überwiegend Beschäftigte aus Ostdeutschland erhalten. AGA ist nach eigenen Angaben weltweit führender Hersteller von technischen und medizinischen Gasen.

Erdgasleitung Hessen – Thüringen steht ab Oktober

Das letzte, 94 Kilometer lange Teilstück der Erdgasleitung von Hessen nach Thüringen soll am 1. Oktober in Betrieb genommen werden. Wie Oberbauleiter Josef Hahn mitteilte, ist mittlerweile auch der Abschnitt zwischen Jena und Gera zu 90 Prozent fertig. Mit dem Bau der Teilstrecke, die parallel zur Autobahn A 4 zwischen Weimar und Zwickau läuft, hat die Leipziger Energieversorgungsgesellschaft die Südrohrbau GmbH & Co (SRB/Ingolstadt) beauftragt. Der Auftragswert beläuft sich auf etwa 100 Millionen DM.

Informationsreise des Fachausschusses Energiepolitik

Der Bundesfachausschuß Energiepolitik der CDU besuchte unter Leitung seines Vorsitzenden, Ludwig Gerstein, vom 19. bis 21. August 1991 den Raum Bautzen und Dresden. Er hat sich dort über die Braunkohleförderung und -verstromung sowie

deren Auswirkungen auf die Umwelt informiert. Der Besuch sollte auch dazu dienen, Informationen für die Ausgestaltung eines energiepolitischen Konzeptes für die langfristige Energieversorgung der neuen Bundesländer zu gewinnen.

Gebäckspezialist Griesson plant Großinvestition in Thüringen

Die Griesson Lebkuchen- und Gebäck-Spezialisten GmbH (Polch bei Koblenz) will für mehr als 65 Millionen DM im thüringischen Kahla eine Gebäckfabrik errichten. Die Produktion soll mit zunächst 100 Mitarbeitern im Herbst 1992 anlaufen. Bis 1994 soll die Mitarbeiterzahl auf 600 erhöht werden. Das Unternehmen erzielte 1990 am Stammsitz Polch 150 Millionen DM Umsatz. Für 1991 werden 180 bis 190 Millionen DM erwartet.

Milliarden-Auftrag für Waggonbau Dessau aus der UdSSR

Die Deutsche Waggonbau AG (Berlin) hat einen Milliarden-Auftrag aus der Sowjetunion erhalten. Wie das Tochterunternehmen Waggonbau Dessau GmbH mitteilte, wurden mit dem sowjetischen Außenwirtschaftsunternehmen Maschinenexport die Verträge für 1992 über die Lieferung von Reisezug- und Kühlwaggons unterzeichnet. Der Wert des Auftrages wird mit knapp 1,4 Milliarden DM angeben.

Theo Waigel: Wir dürfen den Deckel auf den Ausgaben um keinen Millimeter lockern

Wir haben bisher unseren finanzpolitischen Kurs erfolgreich durchsetzen können. Wir haben unsere Ausgabenansätze eingehalten. Der Solidaritätszuschlag wird wie angekündigt am 30. Juni 1992 auslaufen. Im letzten Jahr haben wir, wie in den vorangegangenen Jahren, die zur Verfügung stehenden Kreditermächtigungen nicht ausgeschöpft.

In diesem Jahr ist bei sparsamer Ausgabengestaltung eine Haushaltsentlastung von voraussichtlich 6 bis 7 Milliarden DM zu erwarten. Davon wollen wir 5 Milliarden DM der Bundesanstalt für Arbeit über einen Nachtragshaushalt zur Verfügung stellen. Die veranschlagte Nettokreditaufnahme wird nicht überschritten.

Durch dieses Verfahren werden zugleich die Fortführung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen — vor allem im Beitrittsgebiet — gesichert und die angekündigte Beitragssenkung bei der Arbeitslosenversicherung um 0,5 Prozentpunkte ab 1992 ermöglicht.

Keine Überforderung

Wir haben uns nicht zuviel zugemutet. Wenn für ein oder zwei Jahre nur ein geringer oder kein realer Einkommenszuwachs erzielt werden kann, ist das kein zu hoher Preis für die nationale Einheit, für Frieden und Freiheit in Europa.

Bei allem Verständnis für die Diskussion

über die Kosten der Einheit sollten wir uns einmal fragen, was wir wirklich wollen. Wir haben die deutsche Einheit gefeiert. Wir haben uns in der letzten Woche gefreut, als die Putschisten in der Sowjetunion jämmerlich scheiterten. Wir freuen uns auch über die wiedergewonnene Souveränität der baltischen Staaten.

Aber dann gehen viele zur Tagesordnung über und klagen — die Opposition in diesem Hause an der Spitze — über die

Aus der Rede des Bundesministers der Finanzen, Theo Waigel, anlässlich der 1. Lesung des Bundeshaushalts 1992 am 3. September 1991 im Deutschen Bundestag

angeblich zu hohen Belastungen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, Sie sollten lieber den Ratschlag des französischen Philosophen François de la Rochefoucauld ernst nehmen, der einmal gesagt hat: „Schweigen ist die zweckmäßigste Haltung für den, der sich selbst nicht sicher fühlt.“

Wir müssen uns entscheiden:

- War uns die Nachkriegsordnung, die scheinbare Idylle starrer politischer und gesellschaftlicher Strukturen lieber als Frieden, Freiheit und Sicherheit in ganz Europa?

● Wäre es uns lieber, zusätzliche Milliardenbeträge in die Rüstung zu investieren, als jetzt unseren östlichen Nachbarn zu helfen, neue marktwirtschaftliche und demokratische Ordnungen zu errichten? Die Wiedervereinigung Deutschlands und die Neuordnung Europas haben ihren Preis. Dabei hat das — politisch notwendige — hohe Tempo der Integration die Finanzierungslasten noch erhöht. Für eine Übergangszeit steigen Löhne, Gehälter und Sozialleistungen schneller als die Produktivität. Diese Entwicklung wäre nur vermeidbar gewesen, wenn wir die von den Menschen aufgerissenen Grenzen wieder geschlossen hätten.

Ausgabenbegrenzung

Wir gehen einen klaren Weg zur finanzpolitischen Bewältigung der Wiedervereinigungsaufgaben. Wir haben, wie es alle Fachleute fordern, auf der Ausgabenseite Einsparungen vorgenommen. Insgesamt sind bis jetzt Entlastungsmaßnahmen mit einem Gesamtvolumen von 60 Milliarden DM beschlossen worden. Auch im Haushaltsentwurf 1992 konnten die Ansätze gegenüber dem Vorjahr um 10 Milliarden DM zurückgeführt werden.

1992 wird der Ausgabenanstieg auf 3 Prozent begrenzt. Bis 1995 sollen die Ausgaben wiederum nur um 2,3 Prozent im Jahresdurchschnitt ansteigen.

Das in den Koalitionsvereinbarungen festgelegte Ausgabenmoratorium muß immer wieder in Erinnerung gerufen werden. Es gibt keinen Spielraum für zusätzliche, ausgaben erhöhende Entscheidungen. Wer an der einen Stelle mehr fordert, muß gleichhohe Einsparungsvorschläge präsentieren.

Wir dürfen den Deckel auf den Ausgaben um keinen Millimeter lockern. Die Größenordnung der nationalen Finanzie-

rungsaufgaben darf nicht zu einem Milliardenrausch verleiten. Im Gegenteil: Wir müssen gerade in diesen Tagen jede Mark zweimal umdrehen und uns fragen, ob alles, was wir finanzieren, wirklich nötig und vordringlich ist.

Defizitentwicklung

In diesem Jahr wird die Kreditaufnahme der öffentlichen Haushalte insgesamt mit 5½ Prozent des Bruttosozialprodukts vorübergehend deutlich höher ausfallen als in den letzten Jahren. Wir überschreiten mit dieser Verschuldungsquote jedoch nicht den Durchschnitt der europäischen Länder.

Ab 1992 wird sowohl die Kreditaufnahme des Bundes als auch des öffentlichen Gesamthaushaltes schrittweise zurückgeführt. Im nächsten Jahr wollen wir mit 50 Milliarden DM, 1995 mit 25 Milliarden DM Kreditaufnahme auskommen.

Vorsorge für Risiken

Mangels eigener Konzeption greift die SPD zum Mittel der Diffamierung. Der Begriff der „Lüge“ wird als Totschlagsargument mißbraucht, um die eigene Konzeptionslosigkeit mühsam zu verdecken.

Ich wiederhole noch einmal: Es war im letzten Jahr — und es ist auch heute noch — unumgänglich, alle Erblasten der sozialistischen Kommandowirtschaft und alle Folgekosten der zentralistischen Planwirtschaft abzuschätzen.

Wir haben im Bundeshaushalt 1992 und in der Finanzplanung bis 1995 die Finanzierungsbereiche berücksichtigt, die erkennbar und quantifizierbar sind. Darüber hinaus bestehen gewissen Risiken. Ich nenne beispielsweise:

- die Neufestsetzung der EG-Eigenmittel ab 1993,
- die Kriegsfolgengesetzgebung,
- die Hilfe für Osteuropa.

Aufforderung zu strikter Haushaltsdisziplin

Zur Wirtschafts- und Finanzpolitik erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Matthias Wissmann:

Vor dem Hintergrund der hervorragenden Konjunktorentwicklung im ersten Halbjahr 1991 mit 4,5 Prozent realem Wirtschaftswachstum müßte es noch besser gelingen, in den öffentlichen Haushalten Einsparbemühungen umzusetzen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion besteht auf einer strikten Haushaltsdisziplin für die kommenden Jahre. Der Bundesfinanzminister hat mit der Vorlage des Bundeshaushalts 1992 die Konsolidierungspolitik konsequent

fortgesetzt. Die Nettokreditaufnahme liegt unter der Zielmarke von 50 Milliarden Mark. Darüber hinaus werden Finanzhilfen und steuerlichen Vergünstigungen von jährlich rund zehn Milliarden Mark abgebaut.

Länder und Gemeinden sind aufgefordert, sich an dieser konsequenten Haushaltspolitik des Bundes zu orientieren. Dies ist für die Preisstabilität von großer Bedeutung. Die Inflation des letzten Monats muß für alle Politiker das Signal sein, noch entschiedener den Rotstift anzusetzen. Der bereits vereinbarte Subventionsabbau darf keine Eintagsfliege sein. Wir müssen Schritt für Schritt weitere Streichungen vornehmen.

Das größte Risiko bleibt die Erblast des Sozialismus. Ich habe überhaupt keine Veranlassung, die sich in diesem Zusammenhang möglicherweise einstellenden Zukunftsbelastungen zu verheimlichen oder zu verharmlosen.

Wir verschieben nichts in Schattenhaushalte. Die öffentlichen Finanzen und alles, was damit im Zusammenhang steht, liegen offen auf dem Tisch.

Wir alle wissen:

- Der Zustand der Reichsbahn erfordert noch Milliardeninvestitionen.
- Die Atomwirtschaft, der Braunkohlenbergbau und andere Produktionsbereiche haben im Beitrittsgebiet bisher gewaltige Umweltschäden verursacht, deren Beseitigung kaum abschätzbare Mittel beanspruchen wird.
- Die frühere DDR hat uns erhebliche Finanzschulden hinterlassen, die im Kreditabwicklungsfonds bestimmt, geordnet

und auf die verschiedenen staatlichen Ebenen aufgeteilt werden müssen.

- Die Regelung des Transferrubelsaldos mit den früheren Ostblockstaaten wird noch für einige Zeit offenbleiben.
- Wir müssen auch noch für viele Jahre den Kapitaleinsatz für den Fonds „Deutsche Einheit“ leisten, der nach dem gemeinsamen Willen von Bund und Ländern in den Anfangsjahren die Finanzierung der Haushalte der neuen Länder sicherstellt.

Wir können offen über alle Risiken sprechen. Ich wehre mich jedoch mit allem Nachdruck dagegen, wenn die Opposition versucht, alle möglichen Belastungen allein dem Bund anzulasten. Vielfach geht es – wie zum Beispiel bei der Treuhandanstalt – um Verpflichtungen, die eindeutig – auch in der objektiven Darstellung des Statistischen Bundesamtes – dem privaten Unternehmenssektor zuzurechnen sind. Bei anderen Aufgaben –

insbesondere beim Fonds „Deutsche Einheit“ und beim Kreditabwicklungsfonds – stehen die öffentlichen Haushalte in der gemeinsamen Verantwortung.

Der Bund hat für mögliche Risiken im Finanzplan globale Vorsorge getroffen. Im übrigen ergeben sich in den kommenden Jahren bei einigen Ausgabenblöcken, insbesondere bei den Verteidigungsaufwendungen, bei der Berlin- und Zonenrandförderung sowie bei der sozialpolitischen Übergangsfinanzierung in den neuen Bundesländern gewisse Entlastungen.

Wenn sich in den kommenden Jahren zusätzlicher Handlungsbedarf oder die Notwendigkeit zur Intensivierung bestimmter Maßnahmen ergibt, müssen wir vor allem versuchen, durch weitere Ausgabenkürzungen Spielräume zu schaffen.

Das Kapitel Ausgabenkürzung ist mit dem Entwurf des Bundeshaushalts 1992 und der laufenden Subventionsabbaurunde nicht abgeschlossen.

Mehrwertsteuererhöhung

Die jetzt von manchen geforderte – über den Beschluß der Bundesregierung hinausgehende – weitere Anhebung der Mehrwertsteuer auf 16 Prozent steht nicht zur Diskussion. Ein zweiter Prozentpunkt Mehrwertsteuererhebung kann angesichts der erheblichen Nachteile für die Preisstabilität nur als eiserne Reserve angesehen werden, wenn unvorhersehbare große Zusatzaufgaben auch bei äußerster Anstrengung nicht durch zusätzliche Ausgabeneinsparungen aufzufangen sind.

Die bereits seit Februar dieses Jahres angekündigte und von der Bundesregierung beschlossene Mehrwertsteuererhöhung um 1 Prozentpunkt von 14 auf 15 Prozent ist die angemessene Lösung.

Auch im Rahmen der EG-Steuerharmonisierung ist die Anpassung um 1 Prozentpunkt unvermeidlich, wenn wir den Abbau der Steuergrenzen durch einen für uns tragbaren Kompromiß bei den direkten Steuern voranbringen wollen.

Der Widerstand der SPD-Bundestagsfraktion gegen unseren Mehrwertsteuervorschlag wird zunehmend unverständlich. Ich kann meiner Kollegin aus Schleswig-Holstein, Frau Simonis, nur zustimmen, wenn sie im „Handelsblatt“ vom 5. Juli 1991 schreibt:

„Es ist finanzpolitisch schädlich, wenn sich die Opposition darauf beschränkt, zu allen Vorschlägen der Bundesregierung grundsätzlich nein zu sagen.“

Inzwischen wird die Beschlußlage der Sozialdemokraten zum Thema Mehrwertsteuererhöhung immer komplizierter:

„Die Sozialdemokraten seien nicht primär gegen eine höhere Mehrwertsteuer“, so ihr Parteivorsitzender am gestrigen Montag. Allerdings „trete die SPD für ein prinzipiell anderes Herangehen ein, das mehr Geld in die Kassen bringe...“.

In den vergangenen Wochen hatten sich bereits mehrere SPD-Ministerpräsidenten für unsere Mehrwertsteuervorschläge ausgesprochen.

Zu der von der Opposition immer wieder behaupteten unsozialen Verteilungswirkung wird es nicht kommen. Wir haben durch die Beibehaltung des ermäßigten Steuersatzes von 7 Prozent für Güter des täglichen Lebensbedarfs die Belastung der unteren Einkommenschichten in engen Grenzen gehalten.

Der frühere Bundesfinanzminister Hans Apel hat am 21. April 1977 im Deutschen Bundestag zur Mehrwertsteuererhöhung klipp und klar festgestellt: „Eines akzeptiere ich allerdings keineswegs, nämlich,

daß die Mehrwertsteuer eine unsoziale Steuer sei. Die Mehrwertsteuer trifft alle Bürger unseres Landes.“

Verantwortliche Steuerpolitik für Wachstum und Arbeit

Mancher hat sich angewöhnt, den seit neun Jahren andauernden Aufschwung als selbstverständlich hinzunehmen. Tatsächlich sind aber die außerordentlich guten Wachstumsergebnisse – vor allem des letzten und des laufenden Jahres – das Ergebnis langjähriger Anstrengungen zur Verbesserung der Wachstumsvoraussetzungen – vor allem auch durch die Begrenzung des Staatssektors.

Anpassung der ertragsunabhängigen Besteuerung

Wir werden Investoren aus unseren Nachbarländern, aus den Vereinigten Staaten oder aus Japan nur gewinnen, wenn wir die Steuerbelastung dem internationalen Standard anpassen. In den meisten europäischen Staaten ist die ertragsunabhängige Besteuerung der Betriebe deutlich geringer als in Deutschland. Dies hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in einer Untersuchung aus dem Jahr 1989 eindeutig festgestellt.

Wenn wir durch die steuerliche Entlastung der Betriebe und Arbeitsplätze künftiges Wachstum erreichen, geschieht das in erster Linie im Interesse der Arbeitssuchenden in Ost und West. Von einer unsozialen Umverteilungspolitik kann schon deshalb keine Rede sein.

Darüber hinaus sollten die in Denkschablonen von gestern verharrenden Steuerpolitiker der SPD zur Kenntnis nehmen: Die wachstumsfördernden Steuersenkungen in einer Größenordnung von fast 7 Milliarden DM werden fast vollständig

durch steuerlichen Subventionsabbau und die Rückführung der degressiven Abschreibung für Wirtschaftsgebäude gegenfinanziert.

Verbesserter Familienlastenausgleich

Die Familien werden durch die Verbesserung des Familienlastenausgleichs um fast 7 Milliarden DM entlastet. Durch den auf rund 4 100 DM erhöhten Kinderfreibetrag und das um 20 DM verbesserte Erstkindergeld wird künftig das Existenzminimum der Kinder steuerfrei. Nachdem die SPD in ihrer Regierungszeit den Kinderfreibetrag auf Null zurückgeführt hatte, ist das ein bemerkenswerter Erfolg der Steuerpolitik dieser Bundesregierung.

Zukünftige Zinsbesteuerung

Es bleibt unser Ziel, die Steuerbelastung der Bürger und der Betriebe in Grenzen zu halten. Auch im Zusammenhang mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Zinsbesteuerung sollen die normalen Sparer nicht schlechtergestellt werden.

Wir sind zur Zeit dabei, die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts und die ab 1993 notwendigen Folgerungen im einzelnen zu prüfen. Drei Eckpunkte sind jedoch heute schon klar:

- Wir wollen den Sparerfreibetrag von zur Zeit 600 DM für Ledige und 1 200 DM für Verheiratete deutlich anheben.
- Das Vertrauensverhältnis zwischen Anlegern im In- und Ausland zu den deutschen Kreditinstituten soll erhalten bleiben.
- Der deutsche Kapitalmarkt muß auch in Zukunft günstige Rahmenbedingungen für die Finanzierung privater Investitionen bieten können.

Soziale Verantwortung

Die soziale Verantwortung, die Sorge um die Familien, um die Arbeitslosen und die wirtschaftlich Schwachen in unserer Gesellschaft stehen im Mittelpunkt unserer Wirtschafts-, Finanz- und Haushaltspolitik. Wenn in diesem Jahr mit 145 Milliarden DM ein Drittel der Bundesausgaben für den Bereich der sozialen Sicherung zur Verfügung steht, ist das ausschließlich der erfolgreichen Wachstumspolitik der vergangenen neun Jahre zu verdanken. Im Jahr 1992 sollen die Ausgaben für die soziale Sicherung noch einmal um 7 Prozent wachsen.

Das Sozialhilfeniveau im Beitrittsgebiet liegt inzwischen bei 90 bis 100 Prozent des Westniveaus. Ein erheblicher West-Ost-Transfer wird darüber hinaus im Rahmen der Sozialversicherung geleistet.

Schere zwischen Produktivität und Einkommen schließen

Gegenüber 1989 sind die Realeinkommen im Beitrittsgebiet nach einer Untersuchung des Ifo-Instituts bei einem Vier-Personenhaushalt mit einem Verdienere um 33 Prozent, bei einem Rentnerhaushalt sogar um 45 Prozent gestiegen. Die Wiedervereinigung hat so – wie wir es vorhergesagt haben – auch schon kurzfristig erhebliche Vorteile gebracht.

Dieser Realeinkommengewinn – und nicht der Vergleich mit den Verhältnissen in den westlichen Bundesländern – ist der richtige Maßstab, um die Fortschritte seit der Wiedervereinigung zu messen. Ein vergleichbarer Zuwachs an Wohlstand konnte in keinem früheren Ostblockland erzielt werden.

Allerdings muß sich die Schere zwischen produktiver Leistungskraft und Einkommen in den neuen Bundesländern so rasch wie möglich schließen.

Die führenden Wirtschaftsforschungsin-

stitute haben in ihrem Frühjahrsgutachten unmißverständlich zu dem entscheidenden Faktor für die künftige wirtschaftliche Entwicklung im Beitrittsgebiet Stellung bezogen:

„Es ist eine Illusion zu glauben“ – so die Institute – „der Staat könne durch Löhne und Produktsubventionen über einen langen Zeitraum in einer ganzen Region die Arbeitsmarktbelastung in Grenzen halten. Er wäre damit überfordert, weil die Aufrechterhaltung so hoher Transfers von West nach Ost eine nachhaltige Dämpfung der Leistungsanreize sowohl hier als auch dort zur Folge hätte.“

Umfassende Hilfe für das Beitrittsgebiet ohne Vernachlässigung des alten Bundesgebiets

Die Bundesregierung hat alle notwendigen Anstrengungen unternommen, um die Verwüstungen des Sozialismus zu beseitigen.

● Investitionshilfen

Durch umfassende Investitionshilfen, Zuschüsse, Kredite und Bürgschaften, durch die im Steueränderungsgesetz 1991 beschlossenen steuerlichen Vergünstigungen, durch Beratung und vielfältige andere Hilfestellung haben wir entscheidend zu Existenzgründungen und Investitionen deutscher und ausländischer Betriebe im Beitrittsgebiet beigetragen.

Im Mittelpunkt steht das Gemeinschaftswerk „Aufschwung Ost“ mit einem Volumen von insgesamt 24 Milliarden DM in den Jahren 1991/92. Nach der von mir gerade vorgelegten Zwischenbilanz sind die für 1991 vorgesehenen Mittel bereits zu über 50 Prozent in konkrete Aufträge Verwendung nahezu aller Mittel bis zum Jahresende ist gesichert.

● **Verkehrsinfrastruktur**

Im Bereich der Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur finanzieren wir praktisch alles, was innerhalb vorgegebener Zeiträume zu verwirklichen ist. Allein im Verkehrsbereich haben wir bis 1995 die Ansätze um 30 Milliarden DM auf 215 Milliarden DM aufgestockt. Von den zusätzlich bereitgestellten Mitteln fließt die Hälfte in die neuen Bundesländer.

Im ganzen Bundesgebiet soll der öffentliche Personennahverkehr durch zusätzliche Zuweisungen an die Gemeinden von 1,5 Milliarden DM 1992 und 3 Milliarden DM 1993 spürbar verbessert werden.

● **Landwirtschaft**

Ein weiterer Schwerpunkt im Bundeshaushalt 1992 ist die Unterstützung der deutschen Landwirtschaft. Im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe für Agrarstruktur und Küstenschutz einschließlich des Sonderrahmenplans stehen 1992 zusätzlich 730 Millionen DM für agrarstrukturelle Maßnahmen im Beitrittsgebiet bereit.

Im Bereich der alten Bundesländer werden vor allem die Ausgaben für die Agrarsozialpolitik deutlich — um 6 Prozent — zunehmen. Darüber hinaus ist mit 1,4 Milliarden DM Vorsorge getroffen, damit die 1991 auslaufende 3-Prozent-Umsatzsteuerregelung in ganz Deutsch-

land gleichwertig ersetzt werden kann. Der soziostrukturelle Einkommensausgleich wird mit einem Volumen von 660 Millionen DM über 1992 hinaus weiter gewährt.

Anerkennung durch OECD

Die Opposition wird nicht müde darin, uns zu späte und unzureichende Hilfe und Unterstützung für das Beitrittsgebiet vorzuwerfen. Ich empfehle Ihnen einmal die Lektüre des Deutschlandberichts der OECD vom Juli dieses Jahres. Die bekanntermaßen sehr auf ihre Unabhängigkeit und Objektivität bedachte, hoch angesehene Organisation der führenden westlichen Industriestaaten schreibt:

„Zusammenfassend ist festzuhalten, daß die Bundesregierung in einer bemerkenswert kurzen Zeitspanne ein beachtliches Volumen an finanziellen und menschlichen Ressourcen zur Unterstützung der wirtschaftlichen Integration der beiden Teile Deutschlands mobilisiert hat. In den ostdeutschen Ländern wurde die für das reibungslose Funktionieren einer Marktwirtschaft nötigen Institutionen geschaffen. Dieser Prozeß vollzog sich ohne Gefährdung der gesamtwirtschaftlichen Stabilität in Westdeutschland.“ ■

Notrufnummer 112 bald EG-weit

Europa wächst weiter zusammen, auch im Notfall: Mit Verwirklichung des EG-Binnenmarktes am 1. Januar 1993 gilt in allen Staaten der EG die einheitliche Notrufnummer 112.

„Eine bürgerfreundliche Entscheidung“, kommentierte Karl-Heinz Florenz, Mitglied der deutschen Gruppe

in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments, den Beschluß des EG-Rates: „Nun geht der Wirrwarr mit den Notrufnummern und den damit verbundenen Schwierigkeiten im Ernstfall endlich zu Ende.“ Seit 1976 bemühte man sich auf europäischer Ebene um eine einheitliche Notrufnummer.

Hilfe für die Sowjetunion muß Hilfe zur Selbsthilfe sein

Die Führung der Sowjetunion muß die Umsetzung der Wirtschaftsreformen nun konsequenter als bisher durchführen. Privateigentum, Leistungswettbewerb, freie Preisbildung, die Freizügigkeit von Arbeit, Kapital und Dienstleistungen sind unabdingbare Voraussetzungen für das Funktionieren einer Sozialen Marktwirtschaft. Züge und grundlegende Wirtschaftsreformen in der Sowjetunion sind erforderlich, damit weitere westliche Hilfe nicht in ein Faß ohne Boden gegeben wird.

Die OECD-Staaten sollten sich jetzt schnell auf ein Hilfspaket finanzieller, kommerzieller und technischer Maßnahmen einigen. Die durchzuführenden Maßnahmen der „Hilfe zur Selbsthilfe“ können nicht von einem Land allein getragen werden.

Das Hilfspaket sollte sich auf folgende Maßnahmen konzentrieren:

- Projektgebundene finanzielle Hilfen bzw. Kreditbürgschaften zur Stützung der wirtschaftlichen Anpassungsprozesse in der UdSSR und zur Finanzierung von Kooperationsvorhaben zur Modernisierung der Wirtschaft,
- Handelsliberalisierung und Verbesserung des Marktzugangs für sowjetische Produkte durch einen beschleunigten Abbau aller noch bestehenden mengenmäßigen Einfuhrbeschränkungen im Rahmen der Handels- und Kooperationsabkommen mit den westlichen Industrieländern mit dem Ziel einer stufenweisen Einführung von Freihandelszonen.
- Verstärkte Investitionsförderung durch

Bereitstellung von Risikokapital, Datenbanken und Firmeninformationen,

- Verbesserung der Nahrungsmittelversorgung durch Versorgungslieferungen und Aufbau einer privaten Ernährungswirtschaft in der UdSSR,

- Förderung der Aus- und Fortbildung von Managern und sonstiger beruflicher Weiterbildung sowie Stipendien für Studenten sowie

- Aufbau eines weitreichenden Umweltschutzprogramms, insbesondere in den Bereichen Emissionsschutz, Gewässerschutz, Überwachungssystemen und Auszubildung.

- Eine assoziierte Mitgliedschaft bei Weltbank und Internationalem Währungsfonds reicht nicht aus. Hier ist nach einer Übergangsphase eine volle Mitgliedschaft anzustreben.

- Vorrangig müssen im Bereich der Erdöl- und Erdgasförderung wie auch des -transports Projekte durchgeführt werden, damit die UdSSR ihren Energie-reichtum nutzen kann, um mittelfristig ihre Rechnungen bezahlen zu können und wieder kreditfähig zu werden.

Um eine Modernisierung der Erdöl- bzw. Erdgaswirtschaft durchzuführen, braucht die UdSSR eine weitere Kapitalzufuhr.

Wenn sich einige unserer westlichen Partnerstaaten dazu entschließen, bei den Bankkrediten das deutsche Niveau zu erreichen, könnten Kredite zur Verfügung gestellt werden.

Matthias Wissmann, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Wir dürfen nach dem gescheiterten Putsch in der UdSSR nicht zum „business as usual“ übergehen.

Der Einigungsvertrag hat eine neue Ära in der deutschen Geschichte eingeleitet

Zum ersten Jahrestag der Unterzeichnung des Einigungsvertrages erklärten die Bundesminister Günther Krause und Wolfgang Schäuble:

Vor einem Jahr, am 31. August 1990, konnte im Berliner Kronprinzenpalais eines der bedeutsamsten Vertragswerke der deutschen Nachkriegsgeschichte unterzeichnet werden: Der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR über die Herstellung der Einheit Deutschlands. Mit diesem Vertrag wurde der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland möglich, der dann in der Nacht vom 2. auf den 3. Oktober 1990 vor dem Reichstag in Berlin feierlich vollzogen wurde.

Wir haben im vergangenen Jahr die einmalige historische Chance entschlossen genutzt, um im Einvernehmen mit allen unseren Nachbarn und Verbündeten die staatliche Einheit unseres Vaterlandes wiederherzustellen. Die dramatischen Entwicklungen in der Sowjetunion führen uns erneut vor Augen, wie schmal der Grat war, auf dem sich die deutsche Politik bewegte.

Friedliche Revolution

Viel verdanken wir Deutschen den Reformbewegungen in den Ländern Osteuropas: Sie haben die Entwicklung zur deutschen Einheit erst möglich gemacht. Die deutsche Einheit war aber insbesondere das Verdienst unserer Landsleute in

der damaligen DDR. Mit ihrer friedlichen Revolution haben sie die Ketten des Unrechtsregimes gesprengt. Sie waren die treibende Kraft bei der Vereinigung unseres geteilten Vaterlandes.

Aufgabe ohne Beispiel

Die Aufgabe, vor der wir bei den Verhandlungen zum Einigungsvertrag standen, zwei völlig gegensätzliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen zusammenzuführen, die sich zudem über Jahrzehnte immer weiter auseinanderentwickelt hatten, war eine Aufgabe ohne jedes historische Beispiel. In knapp zwei-monatiger Verhandlungsdauer mußte eine gigantische Stofffülle in ein Vertrags- und Regelungswerk gegossen werden, das nahezu alle Lebensbereiche einer modernen, hochkomplexen Industriegesellschaft durchdrang. Das Werk gelang, was kaum jemand für möglich halten wollte, dank des hervorragenden Einsatzes aller Beteiligten.

Mit dem Einigungsvertrag ist das gesamte Rechtssystem der Bundesrepublik Deutschland einschließlich des Verwaltungsaufbaus auf die neuen Bundesländer übertragen worden. Der Vertrag schuf damit die rechtlichen Voraussetzungen, damit möglichst bald in ganz Deutschland einheitliche Lebensverhältnisse bestehen können. Auch wenn sich vieles erst aus der Sicht der nachfolgenden Generationen wird beurteilen lassen, so

Kommentar

Lichtblicke

Aus der ostdeutschen Industrie kommen nicht mehr nur Alarmsignale und Hiobsbotschaften. Das Münchener Ifo-Institut hat soeben registriert, der im Sommer letzten Jahres begonnene Schrumpfungsprozess sei etwa um die Jahresmitte weitgehend zum Stillstand gekommen. Insbesondere die Lokomotive Bau zieht allmählich an. Der Chef eines Ostberliner Elektronunternehmens, das schon wieder einigermaßen auf dem Markt Fuß fassen konnte, spricht von einem überstandenen „Prozeß konstruktiver Zerstörung“. Genau dies ist offenbar die schmerzlichste Phase des Übergangs. Die Unternehmen müssen (oder

müßten) vielfach ihre alten Führungsmannschaften auswechseln, sich gleichzeitig neu organisieren, ein Produktionsprogramm entwickeln, das nachfragegerecht ist, ihre Produktqualität verbessern und bei alledem die Kosten im Griff behalten.

*Solche Umwandlungsprozesse dauern normalerweise schon bei kranken Unternehmen, die in einem gesunden Umfeld arbeiten, etliche Jahre. In den neuen Bundesländern, also in einem noch nicht gesunden Umfeld, sollen sie viel schneller gehen. Das ist eine Art Quadratur des Kreises. Parallel zu dem allmählichen Produktionsanstieg nimmt die Arbeitslosigkeit weiter zu. Dies ist nur ein scheinbarer Widerspruch, denn die alten DDR-Betriebe waren personell überbesetzt. **Süddeutsche Zeitung***

können wir doch bereits heute feststellen, daß sich der Einigungsvertrag als tragfähiges Fundament für die Vollendung der Einheit Deutschlands bewährt hat. Er hat bei den Bürgern im Osten Deutschlands das notwendige Vertrauen in die Demokratie und in die Rechtsstaatlichkeit begründet. Auch in den umstrittenen Bereichen, etwa hinsichtlich der Enteignungen der Jahre von 1945 bis 1949 oder hinsichtlich der Warteschleifenregelung für den öffentlichen Dienst, hat das Bundesverfassungsgericht die im Einigungsvertrag getroffenen Regelungen im wesentlichen bestätigt.

In den neuen Bundesländern bestehen ohne Zweifel nach wie vor große wirtschaftliche und soziale Probleme. Der Übergang von vierzig Jahren Sozialismus zur sozialen Marktwirtschaft vollzieht sich nicht über Nacht, sondern als tiefgreifender, häufig auch schmerzlicher Prozeß des Umbruchs. Aber es mehren sich doch heute bereits die Anzeichen

einer stetigen wirtschaftlichen Belebung. Alles deutet darauf hin, daß es in der zweiten Jahreshälfte 1991 zu deutlichen Aufschwungtendenzen in den neuen Bundesländern kommen wird.

Die Bundesregierung hat ihr Versprechen eingehalten, die Menschen im Osten auf ihrer schwierigen Wegstrecke nicht allein zu lassen. Mit dem „Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost“ und zahlreichen anderen Maßnahmen sind die finanziellen Rahmenbedingungen für eine rasche Aufwärtsentwicklung geschaffen. Über 100 Mrd. DM werden in diesem Jahr aus dem Westen in die neuen Länder fließen. Es geht jetzt darum, die Möglichkeiten, die dieses gewaltige Aufbauprogramm bietet, mit Tatkraft, Phantasie und der nötigen Zuversicht zu nutzen.

Neben den materiellen Problemen werden wir uns mit ganzer Kraft dem Ziel zuwenden, die innere Einheit unseres Vaterlandes zu vollenden.

Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung erfolgreich

Im Westen wird von Monat zu Monat ein neuer Beschäftigungsrekord erreicht. Die Zahl der Erwerbstätigen war Ende Juni mit 29,2 Millionen um 832 000 höher als vor einem Jahr. Seit Frühjahr 1983 wurden in den alten Bundesländern 2,9 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen. Damit ist der höchste Beschäftigungsstand seit Kriegsende erreicht.

Die Zahl der Arbeitslosen ist auf den niedrigsten Auguststand seit zehn Jahren gesunken. Seit August letzten Jahres ist sie um 140 000 auf jetzt 1,672 Millionen gefallen. Die Arbeitslosenquote betrug im August 5,6 Prozent.

Die Beschäftigungsmaßnahmen der CDU-geführten Bundesregierung zeigen auch in den neuen Bundesländern Erfolg. Die Zahl der Arbeitslosen ist im August gesunken, nachdem sie im Juli zugenommen hatte. Und dies, obwohl die Zahl der

Kurzarbeiter erheblich zurückgegangen ist.

In den neuen Bundesländern waren Ende August 1,063 Millionen Menschen arbeitslos; die Arbeitslosenquote blieb konstant bei 12,1 Prozent. Die Zahl der Kurzarbeiter verringerte sich von Ende Juli bis Ende August um 160 000 auf jetzt 1,45 Millionen. Seit dem Höchststand von 2,02 Millionen im April hat sie nun zum viertenmal in Folge abgenommen.

Die Beschäftigungsmaßnahmen der CDU-geführten Bundesregierung, wie Arbeitsbeschaffungs- und Qualifizierungsmaßnahmen, tragen entscheidend zur Entlastung des Arbeitsmarktes in den neuen Bundesländern bei.

Ende August gingen 262 000 Arbeitnehmer in einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme einer Beschäftigung nach. Damit ist die ursprünglich für 1991 vorgesehene Zielgröße von 280 000 Einritten in AB-Maßnahmen in den neuen Bundesländern fast ausgeschöpft. Deshalb werden von der CDU-geführten Bundesregierung weitere 5 Milliarden DM bereitgestellt, damit insgesamt bis zu 400 000 ABM-Eintritte gefördert werden können.

Aus dem Veröffentlichungsprogramm der KAS

In einem weiteren „Konferenzbericht“ dokumentiert die KAS die während einer in Sankt Augustin durchgeführten Fachtagung gehaltenen Referate.

Das Thema:

Schutz des ungeborenen Kindes

Hauptthemen u. a.:

- Leitsätze zum besseren Schutz ungeborener Kinder
- Aus medizinisch-biologischer Sicht: Was ist und wann beginnt Leben?

- Der Schutz des Lebens aus theologisch-ethischer Sicht
- Rechtslage und Sozialdaten nach der geltenden Regelung in den neuen Ländern

Exemplare dieses „Konferenzberichts“ verschickt auf Anfrage:

**Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
Institut für Politische Bildung
Schloß Eichholz, Postfach 1331
W-5047 Wesseling**

Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost löst entscheidende Impulse aus

Der Bundesfinanzminister hat am 28. August 1991 im Bundeskabinett eine Zwischenbilanz über Stand und Ablauf des „Gemeinschaftswerks Aufschwung Ost“ gezogen. Fazit: Das Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost wird ein voller Erfolg.

Von den für 1991 vorgesehenen Ausgaben des Bundes von insgesamt 12 Milliarden DM entfallen auf

- die kommunale Investitionspauschale 5 Milliarden DM. Die Mittel sind den neuen Bundesländern in voller Höhe zur Verfügung gestellt worden und von den Kommunen bereits im wesentlichen verplant. Die konkrete Auftragsvergabe liegt bei 50 Prozent;
- die übrigen Ausgabenbereiche 6,6 Milliarden DM. Dieser Betrag ist fast vollständig verplant. Zwei Drittel des Gesamtvolumens — rund 4,3 Milliarden DM — sind bereits durch Bewilligungsbescheide oder Auftragsvergabe belegt;
- steuerliche Maßnahmen (Investitionszulage) rund 400 Millionen DM.

Die von der Bundesregierung mit dem „Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost“ beabsichtigte Initialzündung für eine schnelle Beschäftigungswirkung im Beitrittsgebiet wird damit erreicht. Die ersten Anzeichen einer wirtschaftlichen Konsolidierung in den neuen Ländern sind offenkundig auch auf die Wirkung des Gemeinschaftswerks zurückzuführen.

Impulse durch Investitionspauschale

Nach den Informationen aus den neuen Ländern löst das „Gemeinschaftswerk

Aufschwung Ost“ entscheidende Impulse für die Beschäftigung und die wirtschaftliche Struktur aus. Wesentlichen Anteil hat hieran die Investitionspauschale. Das ergaben die Zwischenbilanz-Konferenzen, die unter Leitung des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Horst Waffenschmidt (Bundesinnenministerium) stattfanden.

Die Investitionspauschale ist in den Landkreisen und Gemeinden im wesentlichen verplant. Angesichts der relativ breiten Verwendungsmöglichkeit für kommunale Investitionen sehen die Kommunen keine Schwierigkeiten, die Mittel für dringliche Aufgaben einzusetzen. Während die Länder im Rahmen der Zwischenbilanzkonferenzen vom Juli die konkrete Auftragsvergabe bei der Investitionspauschale noch mit 40 bis 50 Prozent angegeben haben, läßt sich aus dem neuesten Zahlenmaterial der Länder Thüringen und Sachsen für die neuen Bundesländer insgesamt schließen, daß die Auftragsvergabe die 50-Prozent-Grenze weit überschritten hat.

So sind in den thüringischen kreisfreien Städten 80 Prozent der zur Verfügung stehenden Mittel in konkreten Aufträgen gebunden, wobei mit der Bauausführung bereits begonnen wurde. In Sachsen sind im Landesdurchschnitt über 65 Prozent der Mittel mit konkreten Aufträgen belegt.

Die Landesregierungen gehen davon aus, daß sich der Vergabeprozess im Spätsommer weiter beschleunigt. Sie haben übereinstimmend erklärt, daß die Pauschalmittel bis zum Jahresende auch kassenwirksam abfließen werden.

Schwerpunkt des Mitteleinsatzes ist

Umschichtungen im „Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost“

Mehrbedarf/neue Maßnahmen			Einsparung		
Ressort	Maßnahme	Betrag TDM	Ressort	Maßnahme	Betrag TDM
BMVg	Beseitigung von ehemaligen Grenzbefestigungsanlagen	30 000	BMA	Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	30 000
BML	Absatzförderung von Agrarprodukten im Beitrittsgebiet	5 000	BHF	Instandsetzung Gebäudebestand des Bundes	5 000
BRH	Instandsetzung Dienstgebäude in Berlin-Ost	1 000	BMF	Instandsetzung Gebäudebestand des Bundes	1 000
BPrA	Instandsetzung Dienstgebäude in Berlin-Ost	500	BMF	Instandsetzung Gebäudebestand des Bundes	500
BMA	Instandsetzung von Dienstgebäuden	20 000	BMA	Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	20 000
Insgesamt		56 500			56 500

neben den baulichen Sanierungsmaßnahmen an Schulen, Kindergärten und weiteren öffentlichen Einrichtungen vor allem die Verbesserung der sanitären Verhältnisse. Hinzu kommen Dachsanierungen und die Erneuerung von Heizungsanlagen.

56,5 Millionen DM werden umgeschichtet

Die Ministerien haben in der Zwischenzeit ihre Bemühungen um die Durchführung des Programms noch weiter intensiviert und verschiedene Ersatzvorschläge für einzelne Programmteile erarbeitet.

Nach den Angaben der Ministerien zeichnet sich immer deutlicher ab, daß das „Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost“ erfolgreich wird. Die Anstrengungen aller Beteiligten lassen erwarten, daß die erhofften Beschäftigungswirkungen in den neuen Bundesländern eintreten und die vorgesehenen Ansätze in vollem Umfang und weitestgehend für die bisher vorgesehenen Programmteile abfließen werden.

Nach dem Beschluß des Bundeskabinetts vom 26. Juni 1991 und der inzwischen abgeschlossenen Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern können Mittel innerhalb der Programme sowie zugunsten der Investitionspauschale umgeschichtet werden, wenn im Einzelfall ein vollständiger Mittelabfluß nicht sichergestellt werden kann. Damit soll erreicht werden, daß die durch das Gemeinschaftswerk „Aufschwung Ost“ bereitgestellten Mittel noch in diesem Jahr von den neuen Ländern und ihren Kommunen in Investitionsaufträge umgesetzt werden können. Eine Notwendigkeit zu Mittelumschichtungen besteht aus heutiger Sicht nur in sehr begrenztem Umfang. Insgesamt werden 56,5 Millionen DM umgelenkt:

- 30 Mio. DM von den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zur Fortsetzung der Beseitigung von ehemaligen Grenzbefestigungsanlagen und
- 20 Mio. DM von den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zur Instandsetzung von Dienstgebäuden der Arbeitsämter in den neuen Bundesländern. ■

Verunsicherungskampagne der SPD bleibt erfolglos

Zur Ausbildungsplatzsituation in den neuen Ländern erklärte der bildungs- und wissenschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alois Graf von Waldburg-Zeil:

Der Versuch der SPD, Lehrstellenbewerber und deren Eltern durch Prophezeiungen über eine Ausbildungskatastrophe zu verunsichern, sind gescheitert.

Wie sich aus einem Bericht des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft zur Ausbildungsplatzsituation in den neuen Ländern ergibt, wird dort allen Schulentlassenen, die dies wünschen, 1991 ein Ausbildungsplatz angeboten werden können; für jeden verlorenen Ausbildungsplatz wird Ersatz geschaffen. Auch die Wirtschaft schätzt die Versorgung der Jugendlichen mit Ausbildungsplätzen in den neuen Ländern positiv ein. Nach Aussagen der Arbeitgeberverbände kann die Unterbringung der ostdeutschen Jugendlichen bis zum Herbst erfolgreich abgeschlossen werden. Auch die Indu-

strie- und Handelskammern in den neuen Ländern sind der Auffassung, daß das Ziel, allen Bewerbern eine Ausbildungsmöglichkeit zu bieten, erreicht werden kann.

Das Handwerk rechnet damit, in diesem Jahr rund 30 000 Ausbildungsplätze neu besetzen zu können. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Ausweitung der Neuabschlüsse um über 11 000 Ausbildungsplätze.

Die Bundesregierung hat mit dem Gemeinschaftswerk Ost, dem darin eingebundenen Ausbildungsplatzförderungsprogramm Ost sowie der Förderung nach dem Arbeitsförderungs-gesetz in erheblichem Maße dazu beigetragen, die schwierige Ausbildungsplatzsituation im Osten zu überwinden.

Dieser erfolgreichen Politik der Bundesregierung konnte die SPD nur eine Politik der Verunsicherung und der Panikmache gegenüberstellen. Die SPD ist nunmehr mit ihren Prognosen über einen verheerenden Lehrstellenmangel eindeutig durch die Tatsachen widerlegt. Dies sollte für sie Anlaß sein, auch in anderen Bereichen ihre Schwarzmalerei in den neuen Ländern aufzugeben und konstruktiv an deren Aufbau mitzuwirken.

Junge Union mit neuem Pressesprecher

Der 27jährige **Holger Doetsch** tritt zum 1. September 1991 die Nachfolge von **Ludger Jägers** an, der in die Pressestelle des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung wechselt. Holger Doetsch ist gelernter Bankkaufmann, ging 1987 als freier Journalist zur „Rhein-Zeitung“, wo er für die Ressorts Wirtschaft, Politik und Lokales schrieb. Im Februar und März 1990 unterstützte Doetsch in Thüringen den Wahlkampf der „Allianz für Deutschland“ und wurde einen Monat später als erster „Westimport“ Pressesprecher des DDR-Ministeriums für Jugend und Sport bei der damaligen Ministerin und heutigen stellvertretenden JU-Bundesvorsitzenden Cordula Schubert. Hiernach war Doetsch in der Außenstelle des früheren Bundesministeriums für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit in Berlin tätig.

Rita Süßmuth:

Leitsätze zur Partnerschaft von Mann und Frau politisch umsetzen

Anlässlich eines Gesprächs auf der 8. Norddeutschen CDU-Frauenkonferenz erklärte die Vorsitzende der Frauen-Union, Rita Süßmuth:

Der Frauenanteil mit 23 Prozent in der CDU ist in den alten Bundesländern niedrig. Auch ist der Anteil an jüngeren Menschen unter 30 Jahren gering. Die frauen- und familienpolitischen Leistungen der CDU — wie Erziehungsgeld und -urlaub, Frauenförderpläne, Maßnahmen für Berufsrückkehrerinnen — sind als wichtige politische Fortschritte zu werten.

Wir müssen dem Eindruck entgegen treten, daß die CDU sich mit grundlegenden Veränderungen, die unsere Gesellschaft betreffen, wie die Gleichberechtigung der Frauen, Veränderung der Familienstrukturen, Vielfalt der Lebensstile, wachsendes Umweltbewußtsein, zu wenig Auseinandersetzung. Deshalb ist die CDU bei der Überarbeitung ihres Grundsatzprogrammes, dazu gehört auch die politische Umsetzung ihrer Leitsätze zur Partnerschaft von Mann und Frau.

Inhalte und Formen der Parteiarbeit müssen sich an den Interessen und Bedürfnissen von jungen Menschen orientieren. Zur Verbesserung der Parteiarbeit muß die CDU noch mehr Bürgernähe herstellen, das heißt, die CDU muß an den Begegnungsstätten in der Freizeit und in der Arbeitswelt präsent und ansprechbar sein.

Viele junge Frauen wollen informiert sein, wollen diskutieren, sich für eigene Interessen einsetzen, mit anderen Problemen anpacken und lösen, aktiv am öffentlichen Geschehen teilnehmen und Erfahrungen austauschen. Sie wollen sichtbare Veränderungen, Taten statt Worte.

Für sie und für junge Menschen überhaupt wird die CDU attraktiver, wenn sie eine zukunftsorientierte, lebendig diskutierende Partei ist, die ihre Mitglieder an politischen Entscheidungen mitbeteiligt. Die CDU muß zu einer neuen politischen Kultur beitragen, die Konflikte austrägt und Gegensätze aushält. ■

Aus dem Bildungsangebot der KAS

**Staus, Verspätungen,
Warteschleifen
Droht der Verkehrsinfarkt?**

30. und 31. Oktober 1991

Die Veranstaltung findet im Schloß Eichholz bei Bonn statt.

Weitere Informationen/Anmeldungen:

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Institut für Politische Bildung
Schloß Eichholz
Postfach 1331
W-5047 Wesseling**

**Veranstaltung
Nr. 291**

Jugendforum: Politik zum Anfassen

Einladung zum Jugendforum „Politik zum Anfassen“ am 2. und 3. Oktober 1991 in Schwerin, Halle am Fernsehturm

Mittwoch, 2. Oktober 1991

12.00 Uhr: Eröffnung mit Dr. Angela Merkel MdB, Bundesministerin für Frauen und Jugend, und Dr. Alfred Gomolka MdL, Ministerpräsident des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

Beginn der Info-Börse. Gruppen, Verbände und Firmen bieten Informationen, Ideen und interessante Gesprächspartner.

13.00 bis 18.00 Uhr: Mehrere Forumsveranstaltungen zu den Themen: „Die Zukunft Europas“, „Keine Zukunft für die Umwelt?“, „Familie — oder was sonst?“, „Schule, Ausbildung, Beruf: Wo liegen die Chancen?“, „Ersticken wir im Verkehr?“ und „Umwelt- und Entwicklungspolitik“.

U. a. wirken mit:

Prof. Dr. Rita Süßmuth MdB, Präsidentin des Deutschen Bundestages, Dr. Angela Merkel MdB, Bundesministerin für Frauen und Jugend, Prof. Dr. Günther Krause MdB, Bundesminister für Verkehr, Prof. Dr. Klaus Töpfer MdB, Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Lothar de Maizière MdB, stellvertretender Bundesvorsitzender der CDU, und Volker Rühle MdB, Generalsekretär der CDU.

20.00 Uhr: Fest der Begegnung
Musik und Unterhaltung für junge Leute

Donnerstag, 3. Oktober 1991

8.45 Uhr: Ökumenische Morgenfeier

9.00 Uhr: Gemeinsames Frühstück mit Musik und Liedermachern

10.00 Uhr: Plenumsveranstaltung: Holt die Vergangenheit unsere Zukunft ein?

Deutsche Geschichte zwischen Aufarbeitung und Verdrängung u. a. mit

Dr. Angela Merkel MdB, Bundesministerin für Frauen und Jugend, Arnold Vaatz, Staatsminister, Chef der sächsischen Staatskanzlei, und Dr. Wolfgang Stock, Redakteur, FAZ.

11.30 Uhr: Sonntagskonzert

Infobörse

12.30 Uhr: Abschlußveranstaltung

Ein Volk — zwei Gesellschaften?

Eine Zwischenbilanz mit Cordula Schubert, stellvertretende Bundesvorsitzende der Jungen Union, und Hermann Gröhe, Bundesvorsitzender der Jungen Union.

Das detaillierte Programm und Anmeldungen sind erhältlich bei der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Hauptabteilung Organisation, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn 1, Tel. (0228) 544-286.

Politische Bildung

Das Institut für Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung lädt zu einem weiteren Kongreß ein.

Thema:

Der neue Stadtteil

Veranstaltungsort:

Freiburg/Breisgau (Bürgerhaus Seepark)

Termin: Samstag, 14. Sept. 1991

Anmeldung und weitere Informationen:

**Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
Institut für Politische Bildung
Bildungswerk Freiburg
Schusterstraße 34—36
W-7800 Freiburg**

„Wir halten zusammen!“
 Unter diesem Motto geht die Junge Union Deutschlands nun daran, nach der Vereinigung der JU-Verbände die Schlagkraft der Jungen in der Union in den neuen Bundesländern auch organisatorisch sicherzustellen. Mit einer Reihe von Veranstaltungen will die JU zum Aufbau in und zur Partnerschaft mit dem Osten Deutschlands beitragen. Helfen soll dabei das abgebildete Plakat.



**WIR
 HALTEN
 ZUSAMMEN.**



Bestell-Nr.: 7435

Verpackungseinheit:

50 Exemplare

Preis pro Verpackungseinheit: 30,— DM

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum

Postfach 13 28

4804 Versmold

Stand: 1. 5. 1991

Statut

Finanz- und
 Beitragsordnung
 Parteigerichtsordnung
 Geschäftsordnung
 Parteiengesetz



Bestell-Nr.:

3363, Ver-

packungs-

einheit:

10 Exemplare

Preis pro

Verpackungs-

einheit:

14,— DM.

**Für weniger als
 50 Pfennig**

Das Näh-Etui mit
 Heftpflaster.

Bestell-Nr.: **9407**,

Verpackungseinheit:

50 Exemplare, Preis pro

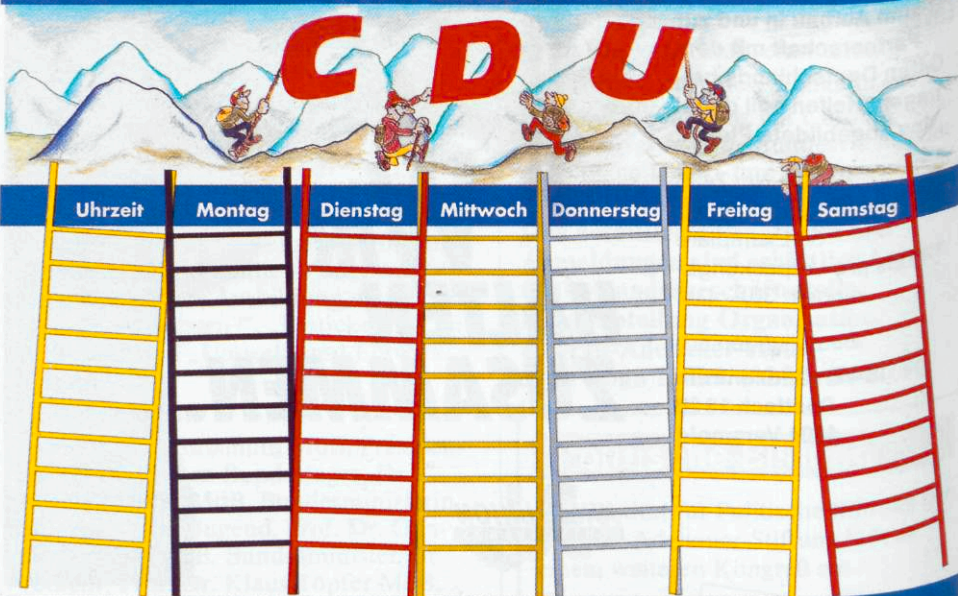
Verpackungseinheit:

21,— DM.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

STUNDENPLAN

CDU



Wenn Sie diesen außergewöhnlich schönen Stundenplan für die Schülerinnen und Schüler Ihrer Stadt oder Gemeinde haben wollen, bestellen Sie ihn in unserem Versandzentrum in Versmold. Bestell-Nr. 9258, Mindestabnahme: 250 Exemplare, Preis pro Verpackungseinheit: 20,— DM.

UID

26/91

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, Telefax (02 28) 23 40 93. Vertrieb: Telefon (02 28) 544-421. Verlagsleitung: Dr. Uwe Lüthje. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 52,— DM. Einzelpreis 1,50 DM. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.